

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 27 (2007)
Heft: 52

Artikel: Das Grundeinkommen - kapitalistische Utopie oder linke Perspektive
Autor: Sirmoglu, Avji / Streckeisen, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652033>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Grundeinkommen – kapitalistische Utopie oder linke Perspektive

Die Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) haben angesichts der Verbreitung von Armut, Arbeitslosigkeit und prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen unter der Vorherrschaft des „finanzdominierten Akkumulationsregimes“ (Chesnais 2004) eine neue Dynamik erlangt. In Deutschland, wo erstmals seit Jahrzehnten in breiten Kreisen der Bevölkerung die Angst vor der Armut umgeht, hat die Umsetzung der sogenannten Hartz-Gesetze¹ in dieser Hinsicht katalysierend gewirkt. Die Verschärfung des Arbeitszwangs (der „Zumutbarkeitskriterien“) und die brutale soziale Deklassierung der Langzeitarbeitslosen haben viele mit dem „rheinischen Kapitalismus“ verbundene Illusionen entlarvt und die Rolle des ebenso neokonservativen wie neoliberalen Wettbewerbs- und Nachwächterstaats offengelegt: Die Regierungen bemühen sich weitgehend unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung vor allem darum, im Standortwettbewerb beste Bedingungen für die Gewinnchancen der Grossunternehmen und Finanzinvestoren herzustellen.

Doch diese Diskussionen über das Grundeinkommen scheinen nicht entlang der üblichen politischen Konfliktlinien zu verlaufen. So wird die Grundeinkommensidee sowohl von sozial- und wirtschaftsliberalen Kreisen propagiert als auch in kapitalismuskritischen und grün-alternativen Zusammenhängen kontrovers diskutiert. Es haben sich themenzentrierte Bündnisse gebildet, die von Erwerbsloseninitiativen bis zu liberalen Ökonomen und Unternehmerkreisen reichen – zum Beispiel das Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland. Robert Misik traf einen wichtigen Aspekt dieser aktuellen Diskussionslage, als er in der *tageszeitung* (31.3.2007) schrieb: „Neoliberale sind für ein Grundeinkommen, Konservative für den Mindestlohn – und Linke für die Marktwirtschaft. Wenn Ideen auf Wanderschaft gehen, können sie ganz schön aus dem Tritt geraten.“ Die Breite und die Vielfalt der Diskussion sind im Sammelband zum ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress dokumentiert, der im Herbst 2005 in Wien durchgeführt wurde (Netzwerk Grundeinkommen 2006). Diese werden am zweiten Kongress, der am 5. bis 7. Oktober 2007 in Basel stattfinden wird, fortgesetzt.²

Die Linke und die sozialen Bewegungen sind in der Frage des Grundeinkommens gespalten: Während es die einen als Möglichkeit betrachten, Erwerbslose und Prekarisierte vor sozialer Not und Schikanierung durch die zur Ideologie des *workfare*³ konvertierte Sozialstaatsbürokratie zu schützen sowie letztlich alle Menschen vom Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zu befreien, sehen die anderen, einer langen Tradition der „Arbeiterbewegung“ folgend, die Priorität im Kampf für das Recht auf

Arbeit und lehnen die Grundeinkommensidee prinzipiell ab, Einkommen und Lohnarbeit zu entkoppeln. Diese gegensätzlichen Positionen überlagern sich teilweise mit Unterschieden in der sozialen Lage (Erwerbslose und Prekarisierte auf der einen Seite, gewerkschaftliche Milieus auf der anderen) und mit traditionellen politischen Trennungslinien (insbesondere zwischen „libertären“ und „sozialistischen“ Strömungen).

Während sich die Diskussion über das Grundeinkommen oft auf einer beinahe technischen Ebene der Ausgestaltung, Finanzierung und Umsetzung unterschiedlicher Modelle bewegt, bleiben die politischen Perspektiven und Interessekonstellationen oft unklar; dies gilt sowohl für das angestrebte „Gesellschaftsmodell“ als auch in bezug auf die politischen Bündnisse und sozialen Bewegungen, die eine solche Forderung tragen sollen. Wir vertreten hier die These, dass die Grundeinkommensidee zwar in einer kapitalistischen Utopie aufgehen kann, aber für Perspektiven zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse durchaus von Interesse ist. Es kommt erstens darauf an, wofür ein Grundeinkommen dient; zweitens, wie es ausgestaltet und finanziert wird; drittens, dass es nicht als Ersatz für, sondern als Ergänzung zu Forderungen wie dem Recht auf Erwerbsarbeit und der Demokratisierung der öffentlichen Dienste konzipiert wird. Um aus der aktuellen Krise herauszukommen, muss die Linke traditionelle Strategien und Gewissheiten hinterfragen. Vor diesem Hintergrund könnte die Grundeinkommensdebatte neue linke Dialoge und Aktionsgemeinschaften herbeiführen, statt bestehende Spaltungen zu vertiefen, wie es derzeit geschieht.

Grundeinkommen und „Utopischer Kapitalismus“

Wirtschaftsliberale und unternehmerfreundliche Positionen haben in letzter Zeit in der Grundeinkommensdebatte an Einfluss gewonnen. Bekanntlich sprach sich bereits Milton Friedman, der neoliberale Wirtschaftsnobelpreisträger, dafür aus. Heute zählt Thomas Straubhaar, Direktor des Weltwirtschaftsinstituts in Hamburg, zu den prominenten Befürwortern. Am 26. März 2007 präsentierte er eine Studie, nach der ein Grundeinkommen von 600 Euro pro Monat in Deutschland „kostenneutral“ finanziert werden könne, das heisst ohne eine Erhöhung des Gesamtsteuersatzes (HWWI 2007). Möglich wäre das, wenn die heutigen Sozialleistungen (Altersrenten, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Sachleistungen, usw.) gestrichen bzw. durch dieses Grundeinkommen ersetzt würden. Die Studie stützt sich auf das Konzept des Solidarischen Bürgergelds von Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) aus Thüringen.⁴ Das Grundeinkommen soll durch eine Einkommens- und Konsumsteuer mit einheitlichem Steuersatz (*Flat Tax*) finanziert werden.

Die Befürworter mit anthroposophischem Hintergrund sind ebenfalls zum liberalen Lager zu rechnen. In Deutschland setzt sich der Unternehmer und Milliardär Götz Werner von der Drogeriemarkt-Kette (dm) prominent für die Grundeinkommensidee ein (Werner 2007). In der Schweiz vertreten Daniel Häni und Enno Schmidt von der Initiative Grundeinkommen (Basel) ähnliche Ansichten. Sie schlagen ein Grundeinkommen von 2'000 Franken vor, das durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 100 Prozent finanziert werden soll.⁵ Alle anderen Steuern, auch die Lohnabzüge für Sozialversicherungen, würden abgeschafft. Laut Häni und Schmidt blieben die Konsumentenpreise unverändert, da sie heute Steuerabgaben enthalten, die hinfällig würden: Die preistreibende Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung würde durch eine entsprechende Senkung der Löhne und Waren- und Infrastrukturkosten kompensiert. Dies ist der Kern ihrer „Latte-Macchiato-These“, welche sie am Beispiel der Produktions- und Distributionskosten dieses Getränks im Basler Kaffeehaus „Unternehmen Mitte“ erläutern, dessen Geschäftsleitung Daniel Häni angehört.⁶

Es fällt nicht schwer, solche Modelle aus linker Sicht zu kritisieren. Ganz offensichtlich ist mit der Umsetzung des Grundeinkommens ein Sozialabbau verbunden, der für zahlreiche RentnerInnen, Erwerbslose und weitere BezügerInnen von Sozialleistungen drastische Einkommenseinbussen zur Folge hätte. Die anvisierte Umgestaltung des Steuersystems würde Kapital und hohe Einkommen weitgehend von den Steuern befreien und die mittleren und tiefen Einkommensklassen stark belasten, zumal sich die „Latte-Macchiato-These“ als frommer Wunsch erweisen dürfte. Die deutlich zu tiefen Grundeinkommensbeträge würden den Druck auf die Löhne verschärfen, der im Zuge der Globalisierung und der Liberalisierung der Arbeitsmärkte bereits zugenommen hat, und Tieflohnbeschäftigung durch staatliche Subventionierung fördern.

Dennoch greift es wohl zu kurz, die liberalen Modelle nur als zynische Täuschungsmanöver im Dienste der Unternehmen und Vermögenden zu sehen. Sie bringen die Vision einer idealen Gesellschaft zum Ausdruck, die an das erinnert, was Robert Castel (2000, 178) den „utopischen Kapitalismus“ nannte. Das Grundeinkommen erscheint als Instrument, mit dem endlich eine freie Marktwirtschaft hergestellt werden kann, in der niemand Not leidet. Der anthroposophischen Lehre einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ wäre ebenso Genüge getan wie den scheinbaren Naturgesetzen der neo-klassischen Wirtschaftstheorien. Götz Werners Motto „Unternehm die Zukunft“⁷ ist Programm: Der Appell an die „Selbstgestaltungskraft und Eigenverantwortung“ meint, wir alle sollten Unternehmer werden. Die Sozial- und wirtschaftsliberalen BefürworterInnen des Grundeinkommens artikulieren die Vision einer harmonischen Marktgesellschaft, frei von Klassen- und Interessensgegensätzen, in der sowohl der Markt als auch die Menschen wirklich frei wären – eine kapitalistische Utopie.

Arbeitskämpfe aus der traditionellen Verengung herausführen

Die Linke sollte nicht nur diese kapitalistische Utopie kritisieren, sondern eigene politische Perspektiven formulieren, in denen ein Grundeinkommen Sinn macht. Dazu ist es notwendig, sich vom Mythos „Arbeit“ zu befreien, welcher die meisten sozialdemokratischen und sozialistischen Traditionen prägt. Ausgerechnet im Namen von Marx, der sich als Kritiker jeder Religion verstand⁸, wurden regelrechte Arbeitsreligionen ausgerufen.

Natürlich ist es richtig, die in der Grundeinkommensdebatte weitverbreitete Illusion zu entlarven, der Gesellschaft gehe aufgrund des technologischen Fortschritts die Arbeit aus: In Wirklichkeit schafft der Kapitalismus immer neue Felder und Formen von Lohnarbeit, um die erweiterte Reproduktion des Kapitals zu gewährleisten und die Finanzspekulation mit Mehrwert zu versorgen. Auch gibt es weiterhin keine Produktionsprozesse, die insgesamt ohne menschliche Arbeit auskommen.⁹ Natürlich lässt sich eine substantielle Veränderung der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht ohne Kampf um die Produktionsweise dieses Reichtums herbeiführen. Natürlich ist das Grundeinkommen auch kein Instrument, um die geschlechterspezifische Arbeitsteilung direkt ins Wanken zu bringen.¹⁰ Aber all das sind unseres Erachtens keine Gründe, um sich der ernsthaften Auseinandersetzung mit dieser Idee zu verweigern und einzig der traditionellen Ausrichtung auf „Arbeitskämpfe“ das Wort zu reden.¹¹ Denn auch die Tragweite solcher Kämpfe ist begrenzt, und sie sind keinesfalls frei von Widersprüchen, die wir hier nur stichwortartig andeuten können:

a) Arbeitskämpfe bergen stets Gefahren einer Verengung der politischen Perspektive. Sie tendieren meistens dazu, Forderungen im Rahmen des Kapitalverhältnisses zu artikulieren, und stellen dieses Produktions- und Herrschaftsverhältnis selbst nicht automatisch infrage. Am ehesten entwickeln sich systemkritische Perspektiven, wenn die Selbstorganisation der Produktion („Arbeiterkontrolle“), deren gesellschaftlicher Sinn (Bedürfnisbefriedigung) oder die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln zum Gegenstand der Kämpfe und Diskussionen werden. Aber es wäre übertrieben zu behaupten, Arbeitskämpfe enthielten *per se* eine solche Entwicklungsdynamik. Sie können stattdessen in korporatistischen Interessen einzelner Beschäftigtengruppen aufgehen und sich – direkt oder indirekt – gegen andere Lohnabhängige richten.¹²

b) Traditionelle Arbeitskämpfe „vergessen“ den Bereich der (mehrheitlich von Frauen geleisteten) unbezahlten Arbeit ausserhalb des Betriebs und verfehlen damit eine zentrale Dimension der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Ebenso fehlt ihnen meistens das Interesse an Auseinandersetzungen um Lebensweisen und Ökologie oder um Fragen der Kulturindustrie und der „Entfremdung in der Freizeit“, welche von der Kritische Theorie als zentraler Pfeiler der kapitalistischen Herrschafts-

sicherung identifiziert wurde.¹³ Der Fokus auf die Lohnarbeit bringt oft ein ökonomistisches Verständnis von „Klassenkampf“ zum Ausdruck, wie wenn die sozialen Klassen nur im Betrieb aufeinander treffen würden.

(c) Die Rechte und Garantien, die im Zuge der Sozialstaatsentwicklung an Erwerbsarbeit gekoppelt wurden, gehen vor dem Hintergrund der neokonservativen Restrukturierung aller Arbeits- und Lebenswelten zunehmend verloren. Das „informelle Proletariat“¹⁴ breitet sich auch in Europa aus. Immer mehr Menschen erfahren die Macht der herrschenden Klasse mindestens so sehr durch staatliche Instanzen (Polizei, Sozialstaatsbürokratie, usw.) wie durch die Strategien der Patrons und Manager. Die Prekarisierten, Erwerbslosen, Scheinselbstständigen oder Papierlosen führen kaum Arbeitskämpfe im traditionellen Sinn, es geht ihnen oft „ums Überleben“ und um Schutz vor Stigmatisierungen, Diskriminierungen und Schikanen, denen sie ausgesetzt sind. Ihre Anliegen *hic et nunc* ernstzunehmen führt beinahe zwangsläufig zur Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Es soll hier in keiner Weise die zentrale Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit für jedes politische Konzept und Projekt relativiert werden. Aber die Lohn- und Erwerbsarbeit ist nur eine besondere Form von gesellschaftlicher Arbeit (die einzige, die durch den Kapitalismus als solche anerkannt wird), und es muss mindestens so sehr *gegen diese Form von Arbeit* wie um deren konkrete Anwendungsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit, betriebliche Strukturen und Einrichtungen usw.) gekämpft werden, damit eine politische Perspektive entsteht, die über das bestehende System hinausweist. In dieser Hinsicht kann die Grundeinkommensidee interessant sein, da – oft ungewollt und unbewusst – die gesellschaftliche Wurzel des vorherrschenden Produktions- und Herrschaftssystems zur Sprache kommt: der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft, die als variables Kapital in die Kreisläufe der kapitalistischen Maschinerie eingeht.

Das Grundeinkommen als eine politische Perspektive

Um die Interessen der erwerbslosen und der erwerbstätigen Lohnabhängigen nicht (mehr) gegeneinander auszuspielen, muss nun der Kampf für ein bedingungsloses Grundeinkommen mit den weiterhin wichtigen politischen Themen verbunden werden. Es gibt keinen triftigen Grund, das Grundeinkommen und das Recht auf Arbeit als Forderungen zu sehen, die sich von vornherein ausschließen: Das Grundeinkommen widerspricht nur dem Zwang zur Arbeit, und das Recht auf Arbeit verweigert kein Recht auf Einkommen. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und (bezahlter wie unbezahlter) Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn mindestens die folgenden Kriterien erfüllt sind: a) Die Finanzierung wird durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen (sowie allen-

falls Lohnprozente) gewährleistet; b) bestehende soziale Sicherungssysteme werden nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst; c) die Höhe des Grundeinkommens darf sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen (in der Schweiz heute: 3'000 Franken netto) bewegen. Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. Um den kapitalistischen Geldfetisch grundsätzlich infrage zu stellen und Perspektiven einer Dekommodifizierung des Alltags zu eröffnen, wie Schandl (2005, 139) vorschlägt, wäre das Grundeinkommen mit dem Kampf gegen die Privatisierung und für eine Ausweitung und Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen zu verbinden. Eine unentgeltliche soziale Infrastruktur kann als „nicht monetäres Grundeinkommen“ für alle betrachtet werden und ermöglicht gesellschaftliche Aneignung (Zeller 2004), ohne die kein alternatives Gesellschaftsmodell auskommen wird.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist heute in der öffentlichen Debatte wichtig, um der zunehmenden Stigmatisierung der BezügerInnen von Sozialleistungen, die als SozialschmarotzerInnen diskriminiert werden, mit dem Vorschlag einer sozialpolitischen Alternative entgegenzutreten. Doch wie Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland sagt, kann jedes linke Projekt, „dem man die Spitze wegnimmt“, neoliberal gedreht werden. Welches Grundeinkommensmodell – wenn überhaupt – umgesetzt wird, ist „eine Frage der Kräfteverhältnisse und in der Tat des Kampfes“ (Junge Welt, 13. 4. 2007). Es stellt sich daher die Frage, wer mit wem wofür kämpft. Die linken BefürworterInnen des Grundeinkommens sollten unseres Erachtens an der zweifellos längerfristigen Perspektive der Herausbildung eines Blocks kapitalismuskritischer Kräfte arbeiten, statt sich der Illusion hinzugeben, ein Grundeinkommen, das nicht ein miserables Armengeld wäre, lasse sich heute schon im Bündnis mit Liberalen und aufgeklärten Unternehmerkreisen umsetzen.

Anmerkungen

- 1 Diese Gesetze wurden nach dem Personalchef von VW benannt, Peter Hartz, den Bundeskanzler Schröder 2002 mit der Konzeption einer „Arbeitsmarktreform“ beauftragte. Hartz ist 2005 nach einem Korruptionsskandal bei VW, in den auch Betriebsräte und Gewerkschaften verwickelt waren, von seinem Amt zurückgetreten.
- 2 Informationen zu diesem Kongress unter: www.grundeinkommen2007.org. Einen guten Überblick zur Grundeinkommensdebatte geben auch das Schwerpunktheft „Grundeinkommen. Konzepte der sozialen Sicherung“ der Berliner Debatte Initial (18/2007) sowie das Dossier der Berliner tageszeitung (taz) vom 30. April 2007 zur Frage: „Brauchen wir ein neues Sozialsystem?“
- 3 Zur Einführung des workfare in der Sozialhilfe siehe den vorzüglichen Aufsatz von Kurt Wyss (2005).

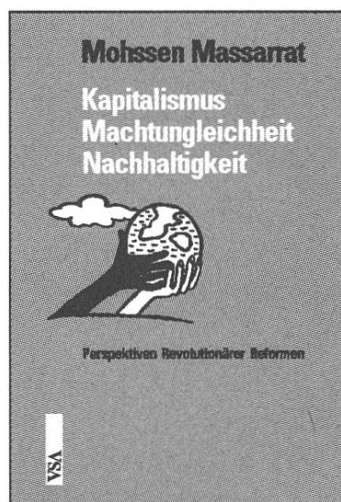
- 4 Informationen zu diesem Modell sind auf dem Netz zu finden: <http://www.d-althaus.de/52.html>.
- 5 Heute liegen die Mehrwertsteuersätze in der Schweiz zwischen 2.4 und 7.6 Prozent. Der Bundesrat hat mehrere Varianten für eine Vereinheitlichung der Steuersätze in die Vernehmlassung geschickt.
- 6 Die „Latte-Macchiato-These“ wurde auch in der Zeitschrift Facts präsentiert (Nr. 9/2007, S. 17-18). Es handelt sich in der Tat um eine kühne These, die etwas sehr Unwahrscheinliches behauptet: die Bereitschaft der Akteure (von den Unternehmern bis zu den Beschäftigten), einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens „kampflos“ einer schönen Idee zu opfern. Oder wollen Daniel Häni und Enno Schmidt etwa staatliche Preiskontrollen einführen, um ihrer These zum Durchbruch zu verhelfen?
- 7 Mit diesem Slogan führt Götz Werner seine Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Siehe die entsprechende Internetseite des dm-Chefs: <http://www.unternimm-die-zukunft.de/>
- 8 Oft wird vergessen, dass Marx im Spätwerk die bürgerliche Gesellschaft als eine verkehrte und verzauberte Welt beschrieb, in der eine „Religion des Alltagslebens“ die Art und Weise prägt, in der die Menschen sich selbst und ihr gesellschaftliches Umfeld wahrnehmen (cf. Marx, 1968, 838).
- 9 Wer glaubt, dies werde sich in absehbarer Zeit ändern, sei die Lektüre von Dreyfus (1994) empfohlen, der die These vertritt, der Computer könne die Menschen nicht ersetzen, weil ihm ein „sozialer Körper“ fehle – und damit, so liesse sich ergänzen, auch so etwas wie ein „sozialer Sinn“ (sens pratique), vgl. Bourdieu (1987).
- 10 Vgl. dazu die Ausführungen von Gisela Notz (2005) im Widerspruch Heft 49.
- 11 Stellvertretend für diese Position sei hier Rainer Roth (2006) genannt.
- 12 Die Geschichte der „Arbeiterbewegung“ ist reich an Beispielen von Arbeitskämpfen, die sich gegen Frauen oder MigrantInnen richteten. Es soll hier nur an die fremdenfeindlichen Kampagnen der schweizerischen Gewerkschaften in den 1960/70er Jahren erinnert sowie auf das lesenswerte Buch von Maruani und Nicole-Drancourt (1989) über die Reaktionen von Arbeitern und der Gewerkschaft auf den Einzug von Frauen in die französische Druckindustrie – eine traditionelle Männerbastion – verwiesen werden.
- 13 Die klassische Schrift von Adorno und Horkheimer (1969) über die Kulturindustrie beeindruckt nach wie vor durch die Kompromisslosigkeit ihres theoretischen Gedankengangs. Zugleich erscheinen die darin kritisierten kulturindustriellen Phänomene im Vergleich zur heutigen Zeit beinahe etwas harmlos.
- 14 Mike Davis (2007) hat gewissermassen im Weltmassstab darüber nachgedacht, welche neuen Fragen die Ausbreitung des informellen Proletariats für die Formulierung sozialistischer Perspektiven aufwirft.

Literatur

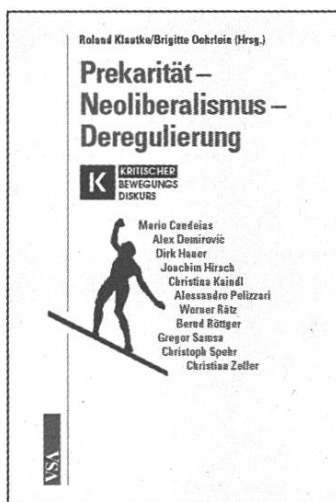
- Adorno, Theodor W. / Horkheimer Max, 1969 (1947): Kulturindustrie. Aufklärung als Massenbetrug. In: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M.
- Netzwerk Grundeinkommen (Hg.), 2006: Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein: Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses. Berlin
- Bourdieu, Pierre, 1987: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt/M.
- Castel, Robert, 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz
- Chesnais, François, 2004: Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Ch. Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster
- Davis, Mike, 2007: Planet der Slums. Berlin
- Dreyfus, Hubert L., 1994: What Computers still can't do. A critique of artificial reason. Cambridge

- Häni, Daniel und Enno Schmidt, 2007: In den reifen Apfel beissen. In: Anthroposophie im Dialog – INFO 3, Ausgabe 04/2007
- HWI (Hamburger Weltwirtschaftsinstitut), 2007: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte. Hamburg/Basel
- Marx, Karl, 1968 (1894): Das Kapital, Band III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Berlin (MEW 25)
- Maruani, Margaret und Chantal Nicole-Drancourt, 1989: Au labeur des dames. Métiers masculins, emplois féminins. Paris
- Notz, Gisela, 2005: Grundeinkommen gegen Ungleichheit und Armut? Anmerkungen aus feministischer Sicht. In: Widerspruch, Heft 49, Zürich
- Roth, Rainer, 2006: Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens. Frankfurt/M.
- Schandl, Franz, 2005: Vom Einkommen zum Auskommen. Zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens. In: Widerspruch Heft 49, Zürich
- Vincent, Jean-Marie, 2001: Un autre Marx. Après les marxismes. Lausanne
- Werner, Götz, 2007: Einkommen für alle. Köln
- Wyss, Kurt, 2005: Workfare in der Sozialhilfe-reform. Die Revision der SKOS-Richtlinien in der Schweiz. In: Widerspruch Heft 49, Zürich
- Zeller, Christian, 2004: Zur gesellschaftlichen Aneignung, in: Ders. (Hg.): Die globale Ent-eignungsökonomie. Münster, 295-313

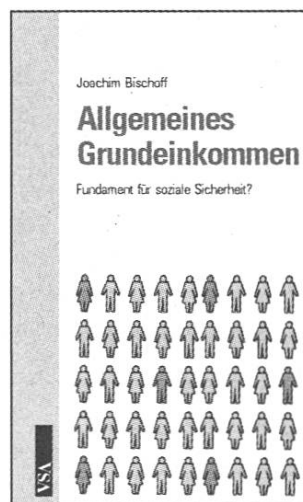
VSA: Kritische Gesellschaftsanalysen



Mohssen Massarrat
Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit
 Perspektiven
 Revolutionärer Reformen
 312 Seiten; € 18,80; sFr 33.40
 ISBN 978-3-89965-142-3



R. Klautke/B. Oehrlein (Hrsg.)
Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung
 Beiträge des »Kritischen
 Bewegungsdiskurses«
 212 Seiten; € 11.80; sFr 21.40
 ISBN 978-3-89965-233-8



Joachim Bischoff
Allgemeines Grundeinkommen
 Fundament für
 soziale Sicherheit?
 108 Seiten; € 11.80; sFr 21.40
 ISBN 978-3-89965-186-7

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
 Tel. 040/28 09 52 77-10, Fax 28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de